

17. Februar 2025

Material zur Bundespressekonferenz

„Umfrageergebnisse zur Finanzsituation und Sparzwang in den Städten“

Beispiele für Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten

Der Deutsche Städtetag hat seine Mitgliedsstädte zu geplanten oder bereits umgesetzten Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen befragt. In der folgenden Liste sind einige beispielhafte Rückmeldungen zusammengefasst. In manchen Städten ist der Haushalt für das laufende Jahr schon beschlossen, in anderen wird noch darüber beraten.

Derzeit schaffen es noch etliche Städte, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen – der absolute Großteil aber nur noch mit einem Rückgriff auf noch vorhandene Rücklagen. Das wird in den kommenden Jahren in immer weniger Städten möglich sein. Die zusammengetragenen Beispiele bilden diese Phase ab: Einige Städte befinden sich noch im Bereich von Konsolidierungsmaßnahmen. Andere müssen schon in diesem Jahr, teilweise schon seit Jahren, harte Sparscheidungen treffen. Dieser Sparzwang wird, wenn sich nichts ändert, in den kommenden Jahren alle Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger treffen.

Göttingen. Der Rat der Stadt Göttingen hat mit Blick auf die dramatische Haushaltslage im Dezember 2024 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Die Stadt Göttingen wird mehrere Millionen Euro beim Personal einsparen und 5 Prozent der Stellen in den nächsten Jahren abbauen. Das wird sich deutlich auf die Dienstleistungen aller Bereiche – etwa auf Bearbeitungs- und Wartezeiten – und damit auch auf die Menschen in Göttingen auswirken.

Heidelberg. Für einen genehmigungsfähigen Haushalt sind im Vergleich zu den Vorjahren deutliche Einsparungen in allen Bereichen notwendig, unter anderem beim ÖPNV, in der

Kinderbetreuung, im Gesamtpersonaletat und bei den freiwilligen Leistungen (Zuschüsse) an Dritte. Bereits beschlossen ist zum Beispiel im Bereich ÖPNV die komplette Streichung einer Buslinie zwischen Hauptbahnhof und Altstadt-Zentrum und ein früherer Wechsel des ÖPNV ins Nachtnetz. Das Theater Heidelberg erhöht seine Eintrittspreise in einem Gesamtvolumen um 10 Prozent, die Bäder teilweise um mehr als 20 Prozent.

Leipzig. Der städtische Haushalt ist angespannt: Die Stadt Leipzig will für 2025 ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept auf den Weg bringen. Damit soll das aktuelle und bis 2027 drohende Defizit im Ergebnishaushalt von 100 Millionen Euro ausgeglichen werden. 50 Prozent der Einsparungen sollen aus den Dezernaten und Ämtern kommen, 25 Prozent durch die Beteiligungsunternehmen und 25 Prozent durch zentrale Maßnahmen erbracht werden. Ab 2027 könnten unter anderem 500 Stellen in der Stadtverwaltung wegfallen.

Straubing. Zur Haushaltskonsolidierung gibt es in Straubing verschiedene Überlegungen: Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen um circa 15 Prozent reduzieren (Museum, Touristinfo, Bibliothek), bei freiwilligen Aufgaben freiwerdende Personalstellen nicht nachbesetzen, Gebühren in der Kinderbetreuung und bei kulturellen Veranstaltungen erhöhen. Leider müssen auch investive Maßnahmen gestrichen oder auf mehrere Jahre gestreckt werden. So kann zum Beispiel die Sanierung des Zentrums für Feuerwehr und Einsatzdienste nicht im vorgesehenen Zeitraum umgesetzt werden.

Bonn. Die Verwaltung hat ein umfassendes Konsolidierungsprogramm für den Haushalt 2025/2026 und die Finanzplanung bis 2029 vorgelegt. Vorgesehen sind aktuell Einsparungen von insgesamt rund 460 Millionen Euro über fünf Jahre. Der Ausbau des Angebots von Bus und Bahn ist auf dem Weg Bonns zur Klimaneutralität und für die Mobilitätswende unabdingbar. Der Zuschuss der Stadt Bonn an die Verkehrsbetriebe steigt aktuell massiv an, auch angesichts von Tarifsteigerungen und notwendigen Investitionen. Auf Dauer kann die Stadt Angebot und Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren. Die finanzielle Situation Bonns zwingt die Stadt daher, in den kommenden Jahren ihren Zuschuss zu deckeln und das gesamte ÖPNV-Netz strukturell zu überprüfen.

Trier. Nachdem das Land Rheinland-Pfalz 2024 einen Teil der Schulden der Kommunen übernommen hat, legt es bei Genehmigung der kommunalen Haushalte Wert darauf, dass es möglichst keine Defizite gibt. Eigentlich bräuchte Trier für viele Aufgaben, die neu für die Kommunen sind oder bei denen Fallzahlen stark steigen, dringend mehr Personal (zum Beispiel Wohngeld, Klimaschutz, für Kitas oder die Ausländerbehörde). Rund 100 neue Stellen haben die Fachämter für 2025 angemeldet – aufgrund der Haushaltslage können aber nur die allernötigsten geschaffen werden: 27, die meisten davon im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Kiel. In Kiel ist die Haushaltslage weiter angespannt. Mit Einsparungen in diversen Bereichen sowie Personalabbau und der Erhöhung von Gebühren und kommunalen Steuern konnte ein Haushalt erreicht werden, der vom Land Schleswig-Holstein genehmigt wurde. Allerdings wurden mit der Genehmigung die eingeplanten Kredite um 25 Millionen Euro reduziert. Für den Nachtragshaushalt muss nun geklärt werden, welche Investitionen gekürzt, geschoben oder gestrichen werden müssen.

Magdeburg. 2025 wird die Landeshauptstadt Magdeburg ihre Konsolidierungsanstrengungen fortsetzen: Bereits seit Oktober 2024 gibt es eine vorübergehende Sperre für die Besetzung von vakanten und frei werdenden Stellen in der Verwaltung. Zudem sind folgende Maßnahmen für 2025 beschlossen: die Erhöhung der Eintrittsgelder für kulturelle Einrichtungen, die Einführung einer Beherbergungssteuer, eine Hebesatzanpassung für die Grundsteuer, die Erhöhung der Parkgebühren, die Erhöhung der Stellplatzgebühren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Erhöhung der Hundesteuer.

München. Zur Haushaltskonsolidierung musste die Landeshauptstadt bereits im vergangenen Jahr ihre Maßnahmen verschärfen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt sicherzustellen. Der Stadtrat hat 2024 beschlossen, dass zur Abflachung der Schuldenentwicklung jedes Jahr ein Volumen von einer Milliarde Euro aus dem geplanten Investitionshaushalt gestrichen wird. Dies wird sich deutlich auf die Investitionsschwerpunkte ÖPNV, Wohnungsbau und Schulbau auswirken, wenn es nicht stärkere Unterstützungsleistungen von Bund und Land gibt. Trotz aller Anstrengungen liegt die geplante Nettoneuverschuldung im Jahr 2025 bei 2,1 Milliarden Euro. München rechnet mit einem Anstieg der Verschuldung auf rund 7,5 Milliarden Euro zum Jahresende.

Münster. Mehr als die Hälfte der Ausgaben des städtischen Haushaltes 2025 entfällt auf Transferaufwendungen, also städtische Leistungen an Dritte. Dafür sind im Haushalt der Stadt Münster im kommenden Jahr 882 Millionen Euro (Vorjahr: 847 Millionen Euro) vorgesehen. Rund drei Viertel dieser Transferaufwendungen entfallen auf die Bereiche „Soziale Leistungen“ sowie „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“. Dazu gehören unter anderem Betriebskostenzuschüsse für Kita-Träger sowie Zahlungen von Jugendhilfe, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II. Um das Haushaltsdefizit zu verringern, werden in Münster zunächst über Sofortmaßnahmen Einsparungen erreicht, die dann sukzessive bis zum Jahr 2028 erhöht werden. Um dauerhaft einzusparen, wird der Prozess mit der Transformation der Verwaltung verknüpft. Der Fokus liegt dabei auf agilem und effektivem Arbeiten. Mit dem Bau des Stadthauses 4 etwa: Der neue Bürostandort der Verwaltung wird klimaneutral, bürgerorientiert und bietet den Mitarbeitenden mehr Zusammenarbeitsmöglichkeiten und ein modernes Umfeld. Gleichzeitig kann die Stadt ihre angemieteten Flächen deutlich reduzieren und erzielt dadurch erhebliche Einsparungen.

Neubrandenburg. Die Stadt hat bereits einen 15-jährigen Konsolidierungszeitraum hinter sich, der bis 2022 andauerte. Dabei wurden etwa Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze erhöht. Aktuell kann Neubrandenburg noch einen Haushaltsausgleich ausweisen, doch es wird schon diskutiert, ob in der Zukunft doch keine Schwimmhalle gebaut wird oder das geplante Digitale Innovationszentrum wegfällt.